

Vom Kampf um den Zaster:

Die Haushaltsberatungen für 2012 haben begonnen



© Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Nicht nur in der Lasterzeit bringt der Kampf um Zaster Leid. So heißt es frei nach Sigbert Latzel. Und so ist es. Dieser Kampf hat nun mit den parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 wieder auf's Neue begonnen. Denn wenn das Geld knapp ist, sind die Auseinandersetzungen zwischen Fachpolitikern und Haushaltspolitikern über die Ausgabenwünsche der Ressorts besonders schwer.

Und Ausgabenwünsche gibt es bei Fachpolitikern immer!

Dem müssen wir widerstehen. Insofern werden Haushaltspolitiker eigentlich in erster Linie dafür bezahlt, regelmäßig „Nein“ zu sagen.

Wie wichtig das ist, macht uns die Finanzkrise in Europa deutlich. Denn die Märkte strafen Staaten, die dauerhaft über ihre Verhältnisse leben und finanziell schwach aufgestellt sind, heutzutage mit aller Härte ab. Dagegen kann man sich nur schützen, indem man zurückhaltend haushaltet und die Verschuldung reduziert. Der Bund



Retten wir Europa zu Tode?

Und wer rettet am Ende die Retter? Diese Fragen drängen sich mir immer mehr auf! Erst am 29.09.2011 hatte die so genannte Euro-Rettung mit der Ausdehnung des derzeitigen Rettungsschirms eine neue Dimension erreicht. Von 440 Mrd. € wuchs die Europäische Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) auf 780 Mrd. € an, wobei aber nur 440 Mrd. € als Darlehen zur Verfügung stehen. Der deutsche Anteil daran stieg von 123 auf 211 Mrd. €, mehr als 2/3 des Bundeshaushaltes.

nimmt im nächsten Jahr entsprechend der „Schuldenbremse“ noch 27,2 Mrd. € neue Kredite auf und führt die Neuverschuldung in den Folgejahren noch weiter zurück. Jedoch ist angesichts der 1,3 Billionen Euro Gesamtschulden, die alleine der Bund hat, jeder weitere Euro unverantwortlich.

Nächstes Jahr bezahlt der Bund 38,4 Mrd. € Zinsen. Und die Zinsausgaben steigen weiter, laut Finanzplan auf 49 Mrd. € im Jahr 2015. Das Schaubild unten verdeutlicht, dass die Zinsausgaben schon jetzt den zweitgrößten Teil des Bundeshaushalts darstellen. Die größte Position ist nach wie vor der Etat „Arbeit und Soziales“. Für „Arbeit und Soziales“ und Zinsausgaben wendet der Bund kommendes Jahr 54,5 % seiner Ausgaben auf. Das sind 166,77 Mrd. € für Konsum. So wird verständlich, warum am Ende kaum etwas übrig bleibt für Straßen, Schulen, Kinderbetreuung, Forschung und Entwicklung, etc., für Dinge also, die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind.

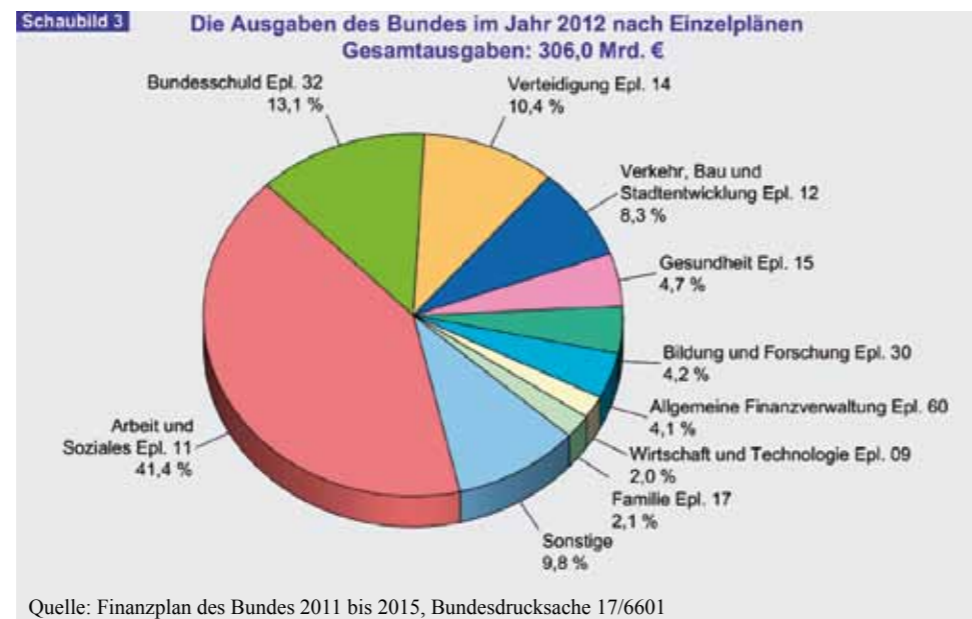
Die christlich-liberale Bundesregierung wendet dieses Verhältnis. Sie investiert kräftig in Bildung und Wissenschaft. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind seit 2009 stark gestiegen. Während



der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter Rot-Grün zwischen 1998 und 2005 - in sieben Jahren - um magere 908 Mio. € auf 8,5 Mrd. € anstieg, ein Plus von 11,9 %, wächst er seit 2009 deutlich. Seit der Regierungsübernahme stieg er schon um 2,6 Mrd. € auf 12,8 Mrd. € in 2012, eine Steigerung um über 25 %!

Hier zeigt sich, wie man klug und zukunftsorientiert regiert, statt wie frühere Regierungen die Kosten für den eigenen übermäßigen Konsum den Kindern und Enkeln aufzubürden!

Ich bin sehr zufrieden mit diesem klaren Ergebnis und arbeite als zuständiger Haushalter für den Bildungs- und Forschungshaushalt an einer Verstetigung dieser Trendwende.



Ich habe dem Gesetzentwurf nur zugestimmt, weil die Regierungsmehrheit gesichert werden musste, bevor Sozialdemokraten und Grüne nach Neuwahlen der Marktwirtschaft mit Euro-Bonds noch schneller den Garaus machen. SPD und Grüne sind sich nämlich einig, die gute Kreditwürdigkeit Deutschlands aufzugeben, um den wirtschaftlich strauchelnden Ländern mit günstigeren Zinsen das Schuldenmachen noch leichter zu machen. Das wäre ein weiterer Verstoß gegen marktwirtschaftliche Prinzipien.

Die Gründe für meine Entscheidung habe ich ausführlich in einer persönlichen Erklärung im Bundestag dargelegt, die im Plenarprotokoll des 29.09.2011 und auf meiner Homepage im Wortlaut nachzulesen ist (www.heinz-peter-haustein.de). Gerne schicke ich Ihnen die Erklärung auf Wunsch auch per E-Mail oder per Post zu.

Schon am Tag des Beschlusses über die Ausweitung der EFSF wurden die nächsten

Maßnahmen diskutiert und nach Möglichkeiten gesucht, noch mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Am 26.10. nun beschloss der Bundestag einen Antrag der Regierungskoalitionen, der der Bundesregierung erlaubt, in Brüssel über den so genannten He-

das damit am Markt bleiben kann. Diskutiert wird eine Absicherung von 20 Prozent. Damit würde sich die EFSF vervielfachen und mit 440 Mrd. EFSF-Mitteln könnten Kredite von bis zu 2,2 Billionen Euro garantiert werden.

Das zweite Modell zielt auf eine Risikoteilung zwischen öffentlichen Mitteln der EFSF und Drittmitteln, insbesondere von privaten Investoren. Dafür gründen EFSF und private Investoren gemeinsam Zweckgesellschaften für ein Empfängerland.

Die beiden Modelle sind kombinierbar und schließen sich nicht gegenseitig aus. Aber es ist egal, welches Modell schließlich kommt. Das Risiko steigt damit weiter, vielleicht nicht für die Bundesrepublik. Das staatliche Risiko

verbleibt bei jenen 211 Mrd. €. Aber volkswirtschaftlich vervielfacht sich das Risiko genauso wie die Kreditsumme. Eine Vorstellung, die uns Angst machen muss. Denn die Blase wird damit erneut größer und Gnade uns, wenn sie platzt! Ich kann nur immer wieder betonen, wie falsch diese Denkweise ist. Eines Tages werden sich diese Taschenspielertricks rächen, bitter rächen.

bel zu verhandeln. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie man aus den ausleihbaren 440 Mrd. € des Rettungsschirms noch mehr Geld machen kann, um auch für weitere strauchelnde Länder Hilfspakete schnürten zu können.

In dem einen Modell übernimmt die EFSF eine Teilabsicherung für neue Staatsanleihen eines unter Druck stehenden Landes,

Wahlversprechen endlich einlösen - Solidaritätszuschlag jetzt abschaffen!

Wie oft wollen wir uns eigentlich mit unserem Steuersenkungswunsch noch eine blutige Nase holen und uns vom Koalitionspartner ohrfeigen lassen? Und dass, obwohl unser Wunsch schon auf mikroskopische Größe geschrumpft ist, jedenfalls dem finanziellen Volumen nach. Zehn Jahre lang haben wir Steuersenkungen und Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen gefordert. Dafür sind wir gewählt worden.

Da war es der größte Fehler, dieses Wahlversprechen nicht gleich nach der Wahl umgesetzt zu haben und uns vom Bundesfinanzminister vertrösten zu lassen. Im Kern war der Fehler insofern schon, dass wir das Finanzministerium nicht selbst besetzt haben.

Aber das ist jetzt Vergangenheit, ob es uns gefällt oder nicht. Wir können nur aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und anfangen, die Zukunft zu gestalten. Und das heißt: Wir müssen tun, wofür wir gewählt worden sind und die Menschen entlasten! Statt dem politischen Mitbewerber immer neue öffentliche Demütigungen unseres Vorsitzenden zu ermöglichen, müssen wir jetzt endlich gestalten und in die Offensive gehen.

Da wir mittlerweile die Mehrheit im Bundesrat verloren haben und die Entlastungs-

volumina, die mittlerweile diskutiert werden, ohnehin kaum der Rede wert sind, schlage ich vor, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen.

Dafür benötigen wir keine Bundesratszustimmung und das erforderliche Volumen von rund 12 Mrd. € ist angesichts der Summen, die wir an anderen Stellen bereitstellen, fast spielerisch aus dem Bun-

deshaushalt zu finanzieren. Das wird spätestens deutlich, wenn man im Bundeshaushalt mal eben 55 Mrd. € findet.

Und damit gäben wir den Menschen, die jeden Tag früh aufstehen und hart arbeiten, endlich etwas zurück, ein Anspruch, hinter den ich nicht zurückfallen möchte und nicht kann. Denn wir haben es unseren Wählern versprochen!



Unterwegs in der Region

Auch in den letzten Wochen und Monaten war ich wieder viel in der Region unterwegs. Statt zwischen Deutschneudorf und Berlin zu pendeln, habe ich die sitzungsfreie Zeit genutzt, um vor Ort im Erzgebirge für Ihre Sorgen, Nöte, Probleme und Anregungen direkt ansprechbar zu sein. Hier folgen ein paar kurze Impressionen von einigen meiner Stationen:

Deutschlandtour der FDP-Bundestagsfraktion



Die schon traditionelle Deutschlandtour der Bundestagsfraktion stand dieses Jahr passend zur Frauen-Fußball-WM unter dem Motto „Für Sie am Ball“. Am 9. August machte die Tour Halt in Annaberg-Buchholz. An der „AnspielBar“ bestand die Möglichkeit, sich über die Arbeit der Fraktion zu informieren. Spielerisches Talent konnte am aufgestellten Tischkicker unter Beweis gestellt werden und das eigene Wissen wurde beim Quiz getestet, bei dem ein von allen FDP-Bundestagsabgeordneten signierter Fußball zu gewinnen war.



Gedenktag zum Komotauer Todesmarsch vom 9. Juni 1945

Der Gedenktag zum Komotauer Todesmarsch ist für mich immer ein besonders wichtiger Termin im Sommer. Denn von der Pflicht zum Wachhalten der Erinnerung an die schrecklichen Geschehnisse kann niemand von uns entbunden werden. Es ist die Verantwortung der Nachkriegs-



„Ich hatt' einen Kameraden“ - Trompetensolo Benjamin Harzer, (v.li.) Pastorin Dorothea Recknagel, MdB Heinz-Peter Hausteine und Fördervereins-Vorstandsvorsitzende Hedwig Gemmrig

Folgegenerationen, dafür zu sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholt. Daher freute ich mich besonders, als auch in diesem Jahr wieder viele Gäste aus ganz Deutschland an der Feierstunde an der Deutschneudorfer Gedenkstätte teilnahmen, die wegen des Sudetendeutschen Tages in diesem Jahr erst am 9. Juli stattfinden konnte.

4. Neuhausener Urlaubsmesse

Der Einladung zur „4. Königlichen Urlaubsmesse“ in das Nussknackermuseum nach Neuhausen bin ich am 14. August gerne gefolgt. Besonders beeindruckt haben mich dabei die neuen Attraktionen und vielfältigen Erweiterungen des Museums. Die Messe zog viele Besucher an und war wieder ein rundum gelungenes Ereignis. Ich empfehle allen Interessierten einen Besuch im Nussknackermuseum. Es lohnt sich!



Ort des Jahres: Gebirgsneudorf

Bei unseren tschechischen Nachbarn gab es im Sommer etwas zu feiern: Nová Ves v Horách (Gebirgsneudorf) gewann dieses Jahr den Wettbewerb um den „Ort des Jahres“ im Regierungsbezirk Nordböhmen/Usti. Da überbrachte ich als Deutschneudorfer am 19. August natürlich gerne Glück-

wünsche und ein herzliches Dankeschön für das sehr gute Miteinander über die deutsch-tschechische Staatsgrenze hinweg.

Eröffnung des Helmholtz-Instituts in Freiberg

Ein paar politische Termine standen dann aber doch auch in der Sommerpause an. So habe ich zum Beispiel am 29. August gemeinsam mit der Bundesforschungsministerin, Prof. Dr. Annette Schavan (CDU), in Freiberg das Helmholtz-Institut eröffnet. Das Institut der Helmholtz-Forschungsgemeinschaft hat den Auftrag, Technologien für die Versorgung unserer Wirtschaft mit strategisch wichtigen Rohstoffen zu entwickeln. Es wird damit zentraler Teil der Rohstoffstrategie der Bundesregierung.



v.l.n.r. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft Prof. Jürgen Mlynek, Heinz-Peter Hausteine



Heinz-Peter Hausteine im Gespräch mit Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan und dem Sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich

Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in Marienberg

Zusammen mit der Sparkasse Marienberg ist es mir gelungen, die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages nach Marienberg zu holen. Vom 12. bis 16. September konnte sich jeder Interessierte in den Räumen der Sparkasse über die Arbeit des deutschen Bundestages in all seinen Facetten informieren. Es freut mich, dass viele Bürgerinnen und Bürger und auch zahlreiche Schulklassen das Angebot genutzt haben.

(Ausführlichere Berichte und Informationen zu diesen Terminen finden Sie wie immer auf meiner Homepage unter www.heinz-peter-hausteine.de)



Heinz-Peter Hausteine

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltsausschuss
Finanzausschuss (stellv.)

In dieser Ausgabe

- Glück auf, liebe Freundinnen und Freunde der freiheitlichen Idee!
- Schulnoten für Politiker
- Vom Kampf um den Zaster: Die Haushaltsberatungen für 2012 haben begonnen
- Retten wir Europa zu Tode?
- Wahlversprechen endlich einlösen - Solidaritätszuschlag jetzt abschaffen!
- Unterwegs in der Region

Deutscher Bundestag

Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-73940
Fax: 030 227-76134
E-Mail:
heinz-peter.hausteine@bundestag.de
Internet:
www.heinz-peter-hausteine.de

Wahlkreisbüros:

Wolkensteiner Straße 32
09456 Annaberg-Buchholz
Tel.: 03733 506521
Fax: 03733 506524
E-Mail:
heinz-peter.hausteine@wk.bundestag.de

Grünthaler Straße 63
09526 Olbernhau
Tel.: 037360 79326
Fax: 037360 79389

Bürgerbüros:

Karlsbader Straße 5
08340 Schwarzenberg
Tel.: 03774 1744644

An der Markthalle 4
09111 Chemnitz
Tel.: 0371 6664900
Fax: 0371 6664902

IMPRESSUM

Herausgeber
Heinz-Peter Hausteine
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Druck:
Druckerei E. Gutermuth, Grünhainichen

Haustein Post

Ausgabe November 2011

Glück auf, liebe Freundinnen und Freunde der freiheitlichen Idee!

Zeit zum Verschnaufen bleibt nicht, zumindest nicht im politischen Raum: Die Eurokrise schwelt weiter und harrt noch immer einer Lösung. Schnelle Rettung ist nicht in Sicht. Wie fragil die Situation ist, zeigt sich deutlich an der Nervosität der Märkte und dem Auf und Ab des DAX.

Wie es mit der gemeinsamen europäischen Währung weitergeht und wie die Zukunft Europas und die künftige Rolle Deutschlands in Europa aussehen sollen, sind die entscheidenden Fragen, die wir jetzt beantworten müssen. Erst am 29.09.2011 hat der Bundestag die „Ertüchtigung“ des derzeitigen Euro-Rettungsschirmes auf 780 Mrd. € beschlossen. Schon am Tag danach wurde diskutiert, wie man das Volumen weiter vergrößern kann. Beinahe im Monatstakt werden neue Maßnahmen beschlossen, zumindest diskutiert. Mehr zur Eurorettung und der jüngsten Maßnahme, dem so genannten Hebel, nicht zuletzt auch wegen der vielen Hundert Zuschriften, die mich zu dem Thema in den letzten Wochen erreicht haben, in dieser Haustein Post.



Ich wünsche viel Freude beim Lesen!

Ihr/Euer

Schulnoten für Politiker

Auch in diesem Jahr hat die Internetplattform www.abgeordnetenwatch.de den Bundestagsabgeordneten wieder Zeugnisse ausgestellt. Jeder Abgeordnete wurde aufgrund seiner Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger bewertet und erhielt eine Note. Zusammen mit meinen sächsischen Fraktionskollegen habe ich dabei überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Das freut mich besonders,

zumal mir der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr am Herzen liegt und ich trotz großer Terminnot versuche, alle an mich gerichteten Fragen möglichst zeitnah zu beantworten. Ich halte www.abgeordnetenwatch.de für ein geeignetes und in der Umsetzung sehr gutes Instrument, um den Kontakt zwischen Abgeordneten und Wählern zu intensivieren. Es erleichtert den Menschen, sich an die Parlamentarier zu wenden und deren Positionen zu erfragen. Und ich kann nur Jeden dazu ermuntern, das Instrument zu nutzen und sich über die unterschiedlichen Positionen der Volksvertreter zu informieren. Allein seit der letzten Bundestagswahl wurden über 14.000 Fragen via www.abgeordnetenwatch.de an die Parlamentarier gerichtet. Die Beantwortungsquote liegt im Portal bei 77 Prozent.

